



---

Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

---

## **Rechtliche Rahmenbedingungen bei der Straßenbeleuchtung**

---

EFA – Energie für Alle Woche – Der Energiewendekongress  
Pfaffenhofen, 18.04.2013

Rechtsanwalt Eric H. Glattfeld

# Über uns

---

- BBH gibt es als Sozietät seit 1991.
- Wir sind eine Partnerschaft von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern - mit Ingenieuren und weiteren Experten in unserer BBH Consulting.
- Über 450 Mitarbeiter, darunter mehr als 200 Berufsträger, arbeiten für Sie.
- Wir betreuen über 3.000 Mandanten, davon mehr als 500 Stadt- und Gemeindewerke und mehr als 300 Kommunen.
- Wir sind die führende Kanzlei für die Energie- und Infrastrukturwirtschaft.
- BBH ist bekannt als „die“ Stadtwerke-Kanzlei. Tatsächlich sind wir das. Wir sind aber auch viel mehr. In Deutschland und auch in Europa.
- Die dezentralen Versorger, die Industrie, Verkehrsunternehmen, Investoren, Intermediäre sowie die Politik, z. B. die Europäische Kommission, die Bundesregierung, die Bundesländer und die öffentlichen Körperschaften u. v. a. m. schätzen BBH.

# Eric Glattfeld, Rechtsanwalt



Eric H. Glattfeld  
Rechtsanwalt

**BBH**  
Becker Büttner Held  
Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Kontakt:  
[eric.glattfeld@bbh-online.de](mailto:eric.glattfeld@bbh-online.de)  
Tel.: 089/23 11 64-204

- Geboren 1980 in Calw (Baden-Würtemberg)
- 2001 bis 2006 Studium der Rechtswissenschaften an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Université de Lausanne und Ludwig-Maximilians-Universität München; in dieser Zeit Mitarbeiter bei Hr. Prof. Dr. Schulze-Fielitz, bei Hr. Prof. Dr. Rieble und bei Hr. Prof. Dr. Lehmann, Dipl.-Kfm.
- 2007 bis 2009 Referendariat im Bezirk des OLG München mit Wahlstation beim Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages in Berlin
- 2007 bis 2008: Referendar bei Weil, Gotshal & Manges LLP und Reed Smith LLP
- 2009 Rechtsanwaltszulassung und Weiterbildung zum Wirtschaftsmediator
- 2010 Rechtsanwalt in mittelständischer Kanzlei in München
- Promotion als Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung an der Europa-Universität-Viadrina Frankfurt/O. bei Hr. Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff zu einem öffentlich-rechtlichen Thema (noch laufend)
- Seit 2011 Rechtsanwalt bei BBH München

**Tätigkeitsschwerpunkte: Allgemeines Energiewirtschaftsrecht und Recht der Straßenbeleuchtung**

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

## I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung

- Technische Ausgangssituation
- Wirtschaftliche Ausgangssituation
- Rechtliche Ausgangssituation
- Exkurs: Die Beleuchtungspflicht

# Technische Ausgangssituation

# Überalte Anlagen

---



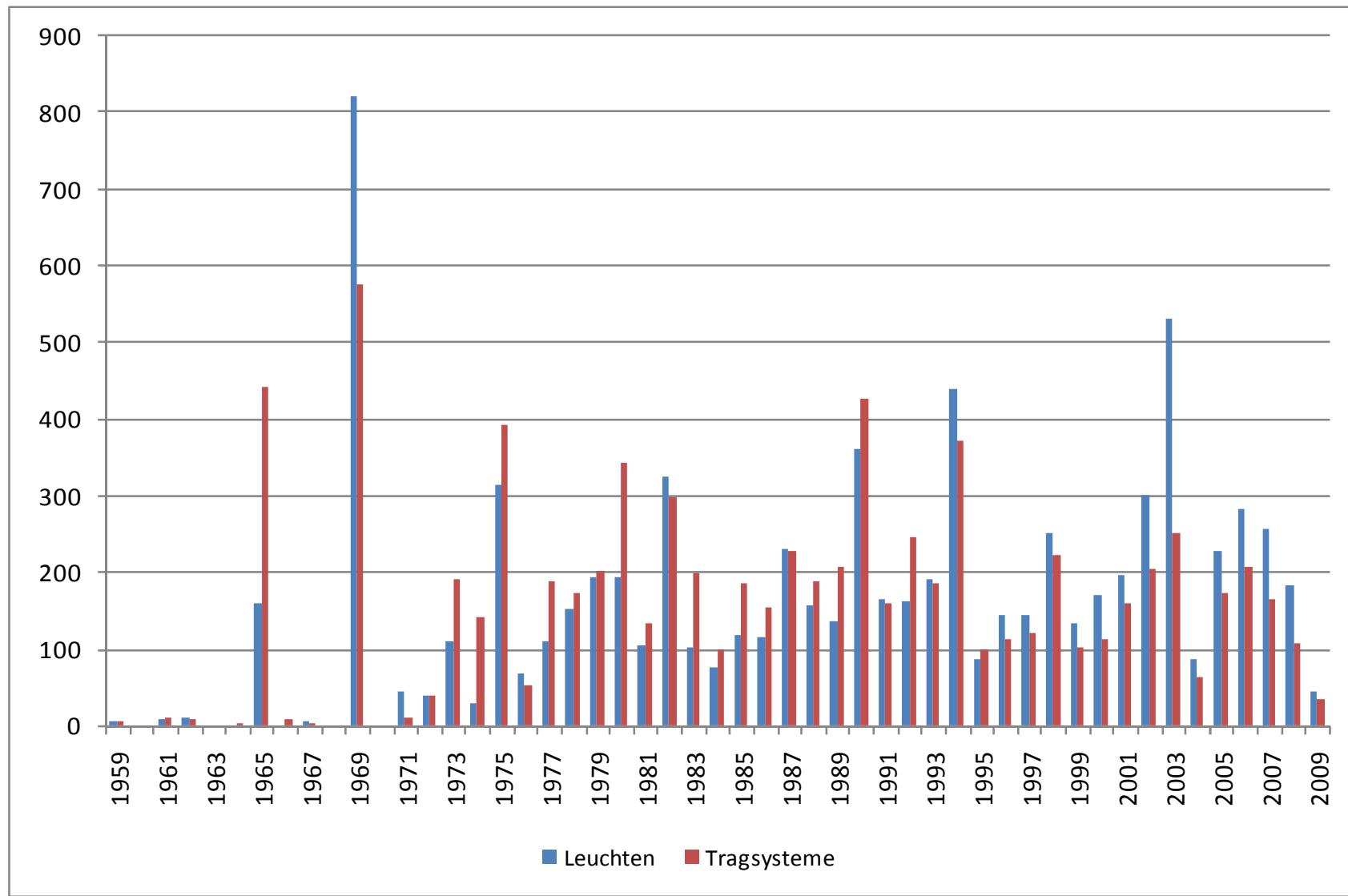
Peitschenleuchte: 60er Jahre



Pilzleuchte: 60er Jahre

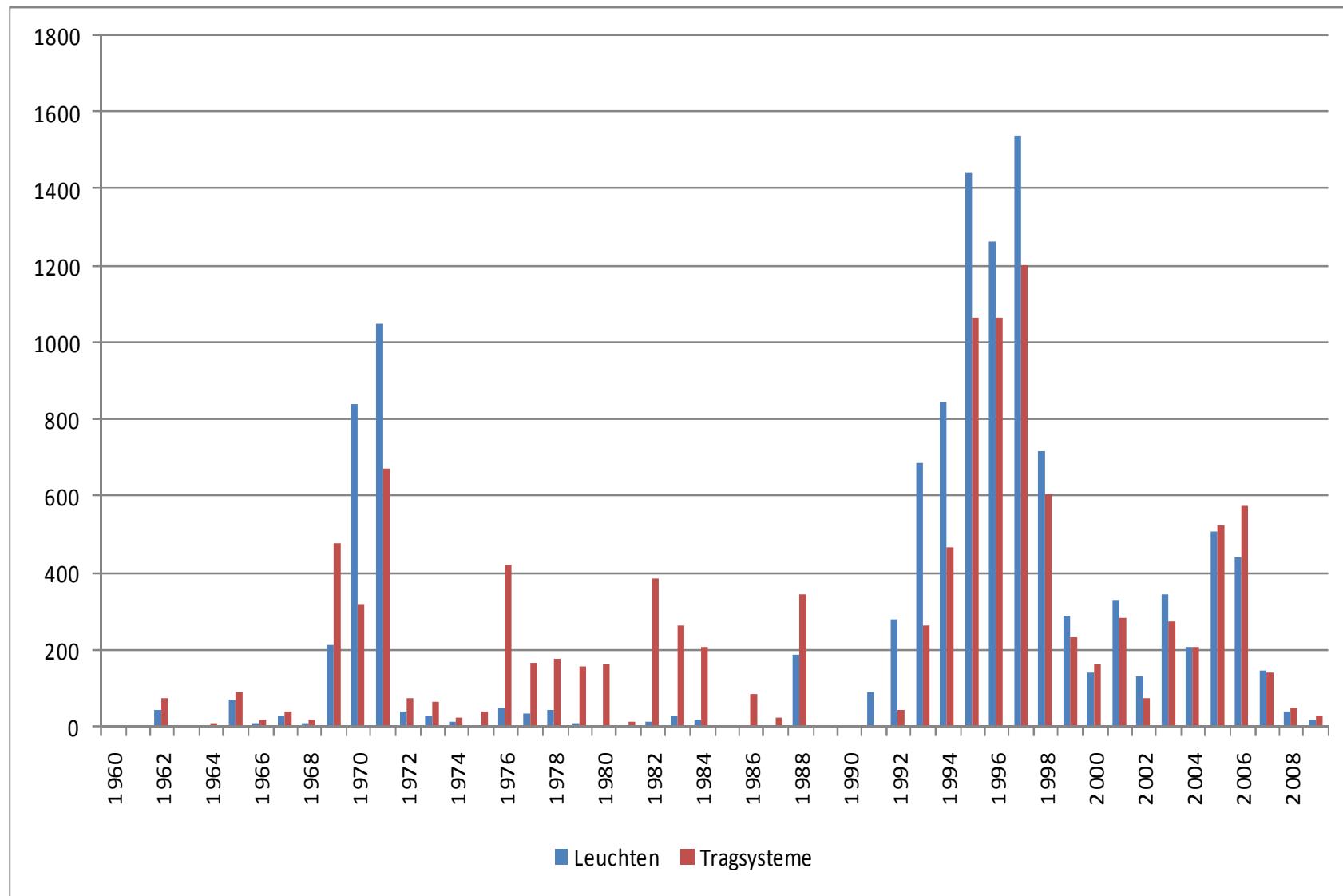
Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

# Typischer Lebensbaum einer Straßenbeleuchtungsanlage (West)



Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

# Typischer Lebensbaum einer Straßenbeleuchtungsanlage (Ost)

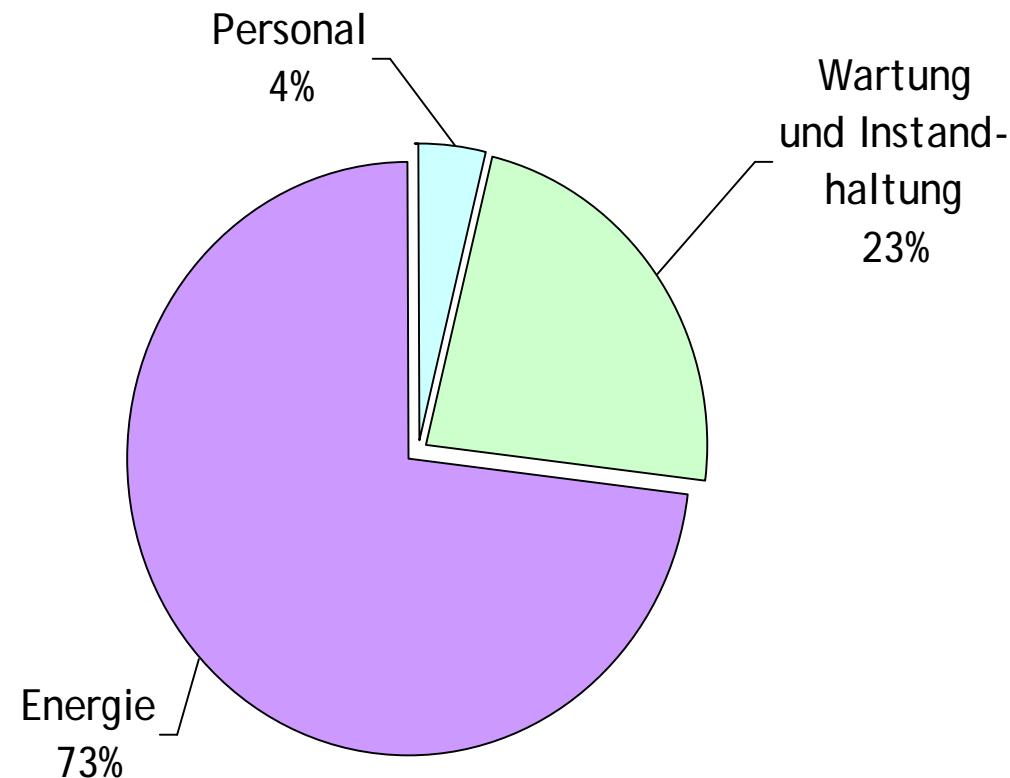


Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

# Wirtschaftliche Ausgangssituation

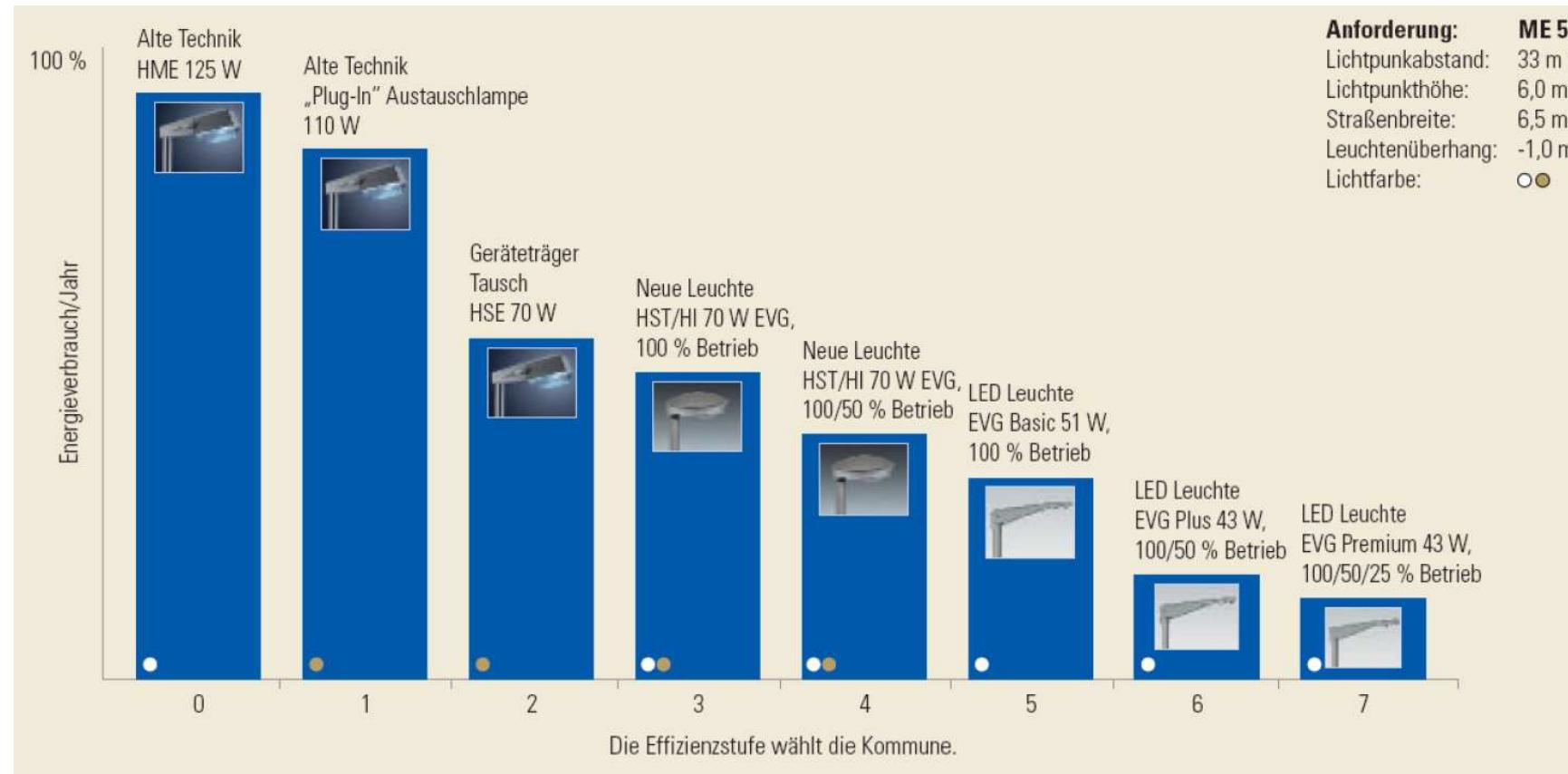
- **Investitionskosten aus Ökodesignrichtlinie**
- **Energiebeschaffungskosten**
  - Strompreis (Wettbewerbspreis)
  - Stromsteuer (20,50 Euro/MWh)
  - EEG-Umlage (5,277 Ct/kWh)
  - Netzentgelte (ortsabhängig)
  - KWKG-Umlage (0,02 Ct/kWh)
  - Konzessionsabgabe Umsatzsteuer (19 %)
  - § 19 Abs. 2 StromNEV-, Offshore-, AbschaltVO-Umlage
- **Wartungs-, Instandsetzungs-, Erneuerungs-, Neubaukosten**
- **Verwaltungs-/Personalkosten für Betrieb/Organisation**

# Hoher Anteil der Energiekosten



Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

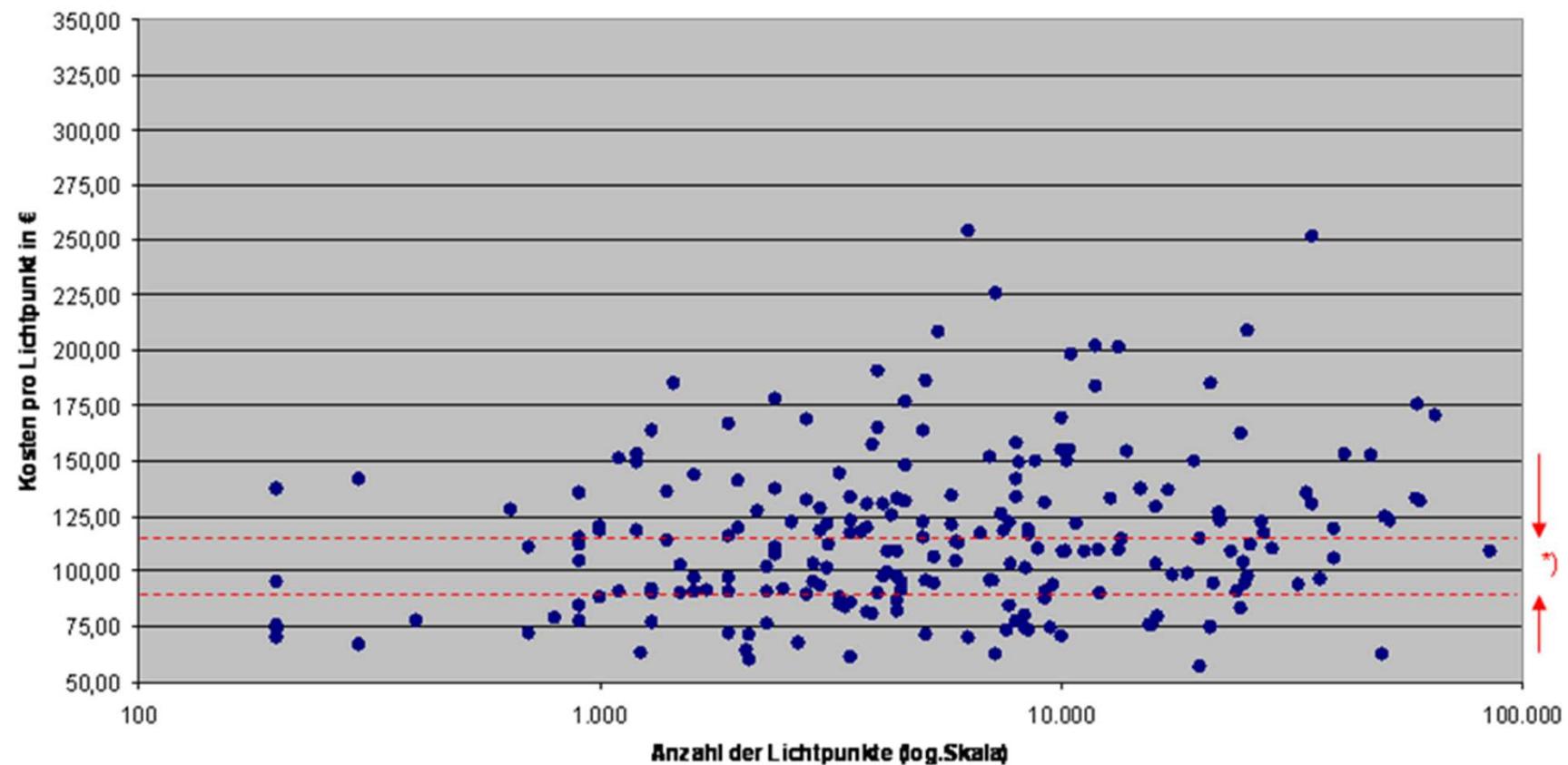
# Kostensenkung durch Energieeinsparung



Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

# Ausgangssituation - Überhöhte Kosten

## Ausgaben deutscher Kommunen für die Öffentliche Beleuchtung in Euro pro Lichtpunkt (130 erfasste Kommunen)

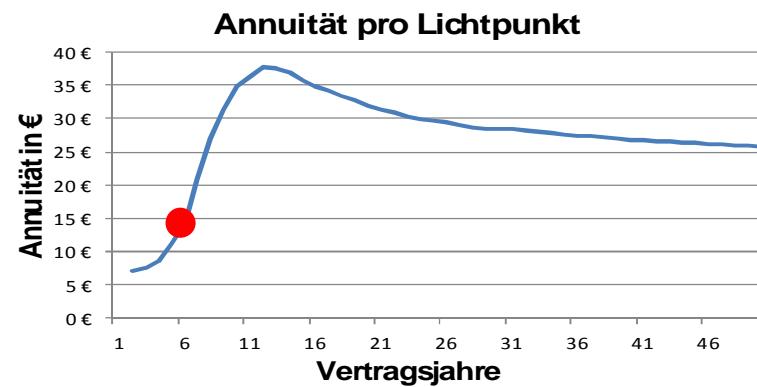
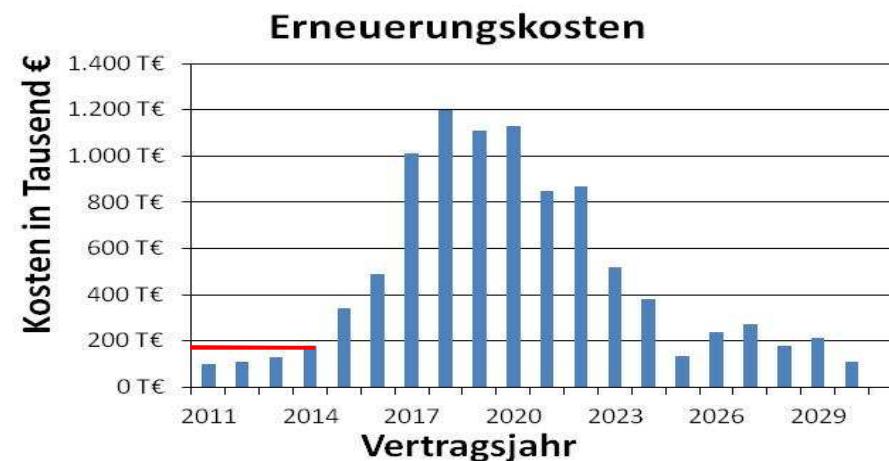
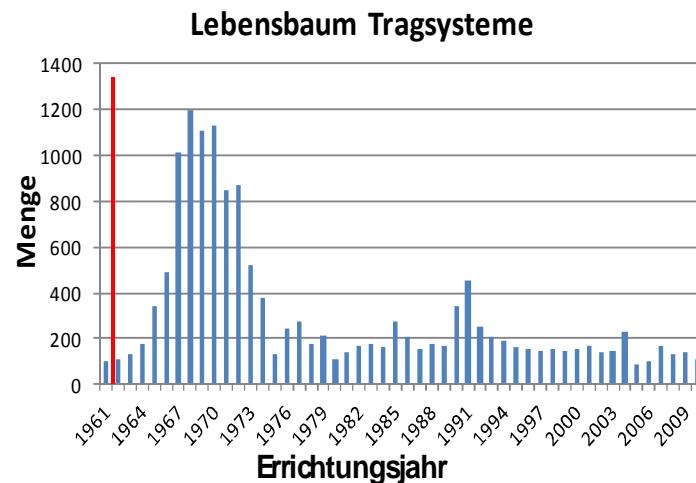


\*) Bandbreite realer Marktpreise im Ergebnis öffentlicher Ausschreibungen, in Abhängigkeit vom Leistungsumfang

Rechtliche Rahmenbedingungen bei der  
Straßenbeleuchtung

- **Uneinheitliches Leistungsbild**
  - Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung/Ersatzneubau, Energielieferung, etc.
- **Uneinheitliche Höhe des Beleuchtungsentgelts**
  - von 50 Euro/Lichtpunkt bis über 200 Euro/Lichtpunkt
- **Uneinheitlicher Anlagenzustand**
  - Regelmäßig letzter großer Investitionsschub in den 70er Jahren
  - Seitdem häufig keine bestandserhaltenden Investitionen
  - Vgl. betriebsübliche Nutzungsdauern von 30 bzw. 50 Jahren
  - Großer Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern

# Einfluss des Lebensbaumes auf die zukünftigen Aufwendungen



## Annahmen

Tragsysteme: 15.000 Stk.

Investition pro Tragsystem: 1.000 €

Kalkulationszinssatz: 5%

Annuität pro Lichtpunkt: 31,96 €

Annuität gesamt: 479.000 €

# Rechtliche Ausgangssituation

- **Handlungsbedarf beim Betrieb der öffentlichen Beleuchtung**
  - Zahlreiche auslaufende Altverträge
  - Hoher Investitionsbedarf aufgrund Anlagenüberalterung & europäischem Lampenverbot
  - Effizienzsteigerung durch Einsatz moderner Technik
- **Problem: Bislang oftmals Kopplung von Beleuchtungsvertrag und Stromkonzessionsvertrag**
  - Wie kann der Beleuchtungsvertrag rechtssicher abgeschlossen werden?
  - Wie werden negative Auswirkungen auf das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession vermieden?
  - Wer ist und wer soll Eigentümer der Beleuchtungsanlagen werden?

# Gleichlauf von Konzessions- & Beleuchtungsvertrag

## (1)

### ■ Stromkonzessionsvertrag

- Zivilrechtlicher Wegenutzungsvertrag mit denen die Kommunen Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Stromverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten
- Regelung in § 46 Abs. 2 EnWG

### ■ Straßenbeleuchtungsvertrag

- Zivilrechtlicher Werk- und Dienstleistungsvertrag über den Betrieb der örtlichen Straßenbeleuchtungsanlage
- Uneinheitliches Leistungsbild (Betrieb, Wartung, Instandhaltung, Erneuerung etc.)
- Oftmals separater Stromliefervertrag bzw. „Lichtliefervertrag“

# Gleichlauf von Konzessions- & Beleuchtungsvertrag (2)

---

- **Koppelung von Stromkonzessions- und Straßenbeleuchtungsvertrag**
    - Vertragslaufzeiten oftmals gekoppelt
    - Endet der Konzessionsvertrag, endet auch der Beleuchtungsvertrag
  - **Ansonsten zwei selbstständige Verträge mit ggf. unterschiedlichen Endschaftsbestimmungen**
  - **Technische Verflechtung Straßenbeleuchtung / Stromnetz**
    - Variante 1: Anschluss an allg. Netz straßenzugsweise über Schaltschrank
    - Variante 2: Anschluss direkt an allg. Netz
    - Variante 3: Eigenes Beleuchtungsnetz
- ☞ **Abgrenzung** Netz der allgemeinen Versorgung und „Beleuchtungskabel“

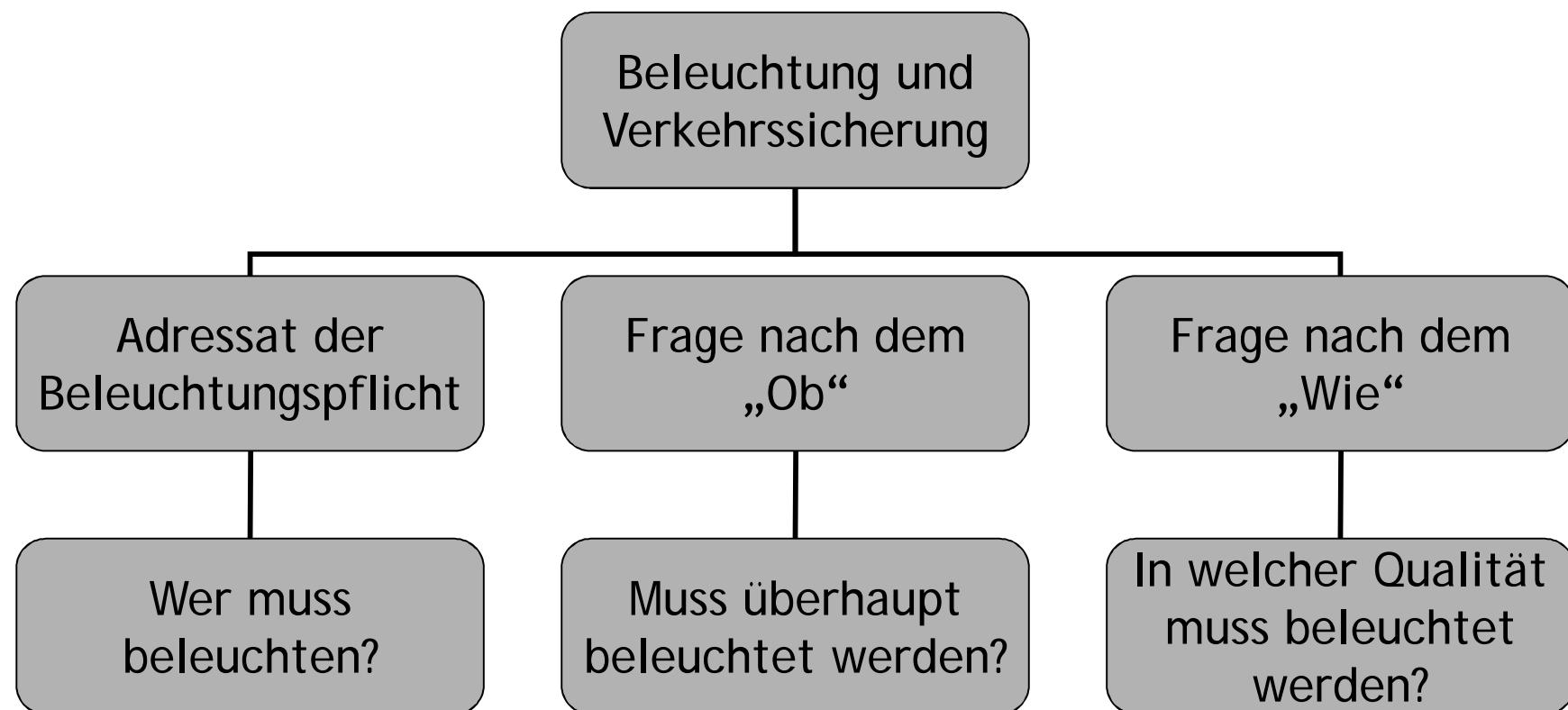
## Exkurs: Die Beleuchtungspflicht

# Warum überhaupt Beleuchtung?

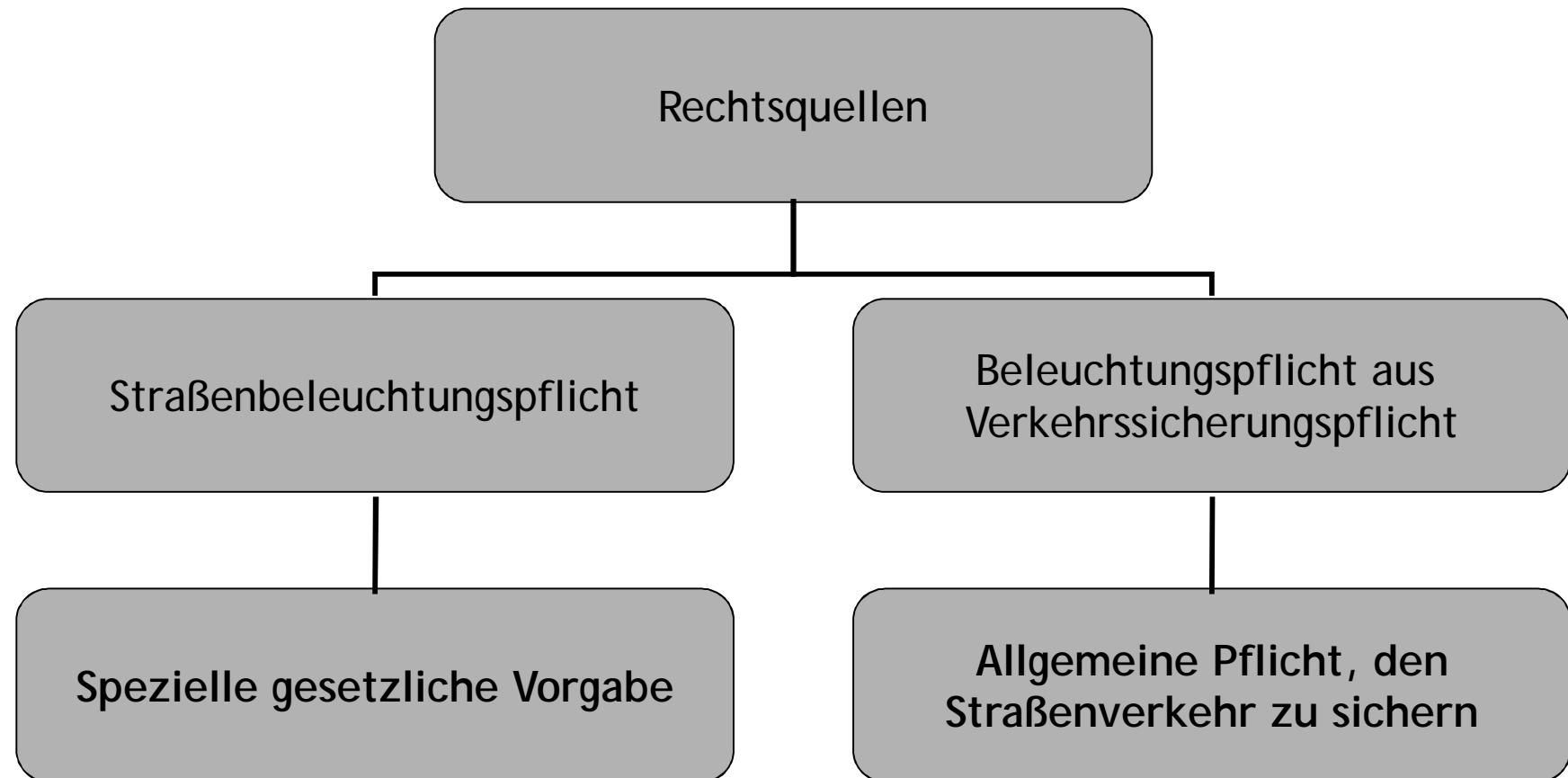
---

- **Gemeindliche Allzuständigkeit für die Beleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG)**
  - Förderung der allgemeinen öffentlichen Sicherheit und Ordnung
  - Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Gemeindelebens
- **Verkehrssicherungspflicht (VSP)**
  - Verminderung von Gefahren im Rahmen der Benutzung von Verkehrswegen

## ■ Beleuchtungs- und Verkehrssicherung



# Rechtsquellen einer Beleuchtungspflicht



# Rechtsgrundlagen einer ausdrücklichen Beleuchtungspflicht

---

- Bundesfernstraßengesetz (-)
- **Straßengesetz in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen** (+)
- Straßengesetze in den übrigen Bundesländern (-)
- Allzuständigkeit der Gemeinden (-)
- Straßenbaulast (-)
- **Straßenverkehrssicherungspflicht** (+)

## Art. 51 Abs. 1 Satz 1 Gemeindliche Beleuchtungspflicht

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben Gemeinden innerhalb der geschlossenen Ortslage nach ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Straßen zu beleuchten (...).

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

# Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung

- Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession
- Verfahren zum (Neu-) Abschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages
- Bedeutung der Eigentümerstellung
- Exkurs: Europäische Lampenverbote

# **Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession**

- **Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession**
  - Es handelt sich um eine sog. Dienstleistungskonzession und damit nicht um einen „öffentlichen Auftrag“
  - Das formelle Vergaberecht ist daher nicht anwendbar
  - Das Verfahren richtet sich nach § 46 EnWG und den Vorgaben der Gerichte und Kartellbehörden
- **Rechtsfolgen der Konzessionsvergabe**
  - Mit Auswahl des Vertragspartners wählen die Kommunen den örtlichen Stromnetzbetreiber aus
  - Bei Wechsel Stromnetzbetreibers hat neuer Netzbetreiber Anspruch auf Übereignung der für die Versorgung des Gemeindegebiets „notwendigen“ Verteilungsanlagen gegen Zahlung einer „angemessenen Vergütung“
  - Regelungen in § 46 Abs. 2 Satz 2 EnWG und § 3 Abs. 2 Nr. 2 KAV

# **Verfahren zum (Neu-) Abschluss des Straßenbeleuchtungsvertrages**

- **Ausschreibungspflicht bei (Neu-) Abschluss des Beleuchtungsvertrages?**
  - Kommune ist als Gebietskörperschaft öffentlicher Auftraggeber, § 98 Nr. 1 GWB
  - Vertrag über den Betrieb der Straßenbeleuchtung ist ein entgeltlicher Vertrag mit einem Unternehmen und damit ein öffentlicher Auftrag, § 99 Abs. 1 GWB
  - Keine Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht
- **Rechtsfolge bei Verstoß gegen die Ausschreibungspflicht**
  - Unwirksamkeit bei Direktvergabe, § 101b Abs. 1 GWB
  - Feststellung im Nachprüfungsverfahren, § 101b Abs. 2 GWB
  - Frist: 30 Kalendertage ab Kenntnis, § 101b Abs. 2 S. 1 GWB
  - Spätestens 6 Monate nach Vertragsschluss, § 101b Abs. 2 S. 1 GWB

- **Einordnung als Dienstleistungsvertrag**
  - Straßenbeleuchtungsverträge sind in der Regel Dienstleistungsverträge, § 99 Abs. 1 und Abs. 4 GWB
  - Erneuerung und Verbesserungsmaßnahmen sind keine isolierten Bauaufträge sondern Teil der Gesamtleistung  
→ Geschuldet ist die Beleuchtung
  - Fiktion in § 99 Abs. 7 S. 2 GWB bei Haupt- und Nebenleistung
- **Schwellenwert von 200.000 Euro, § 2 Nr. 2 VgV**
  - Geschätzte Gesamtvergütung (in max. 48 Monate), § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Nr. 2 VgV
  - Oftmals bereits im ersten Vertragsjahr überschritten
- **Bei Unterschwellenvergabe ist zumindest kommunales Haushaltsrecht zu beachten (Wertgrenze in Bayern bei 30.000 Euro)**

- **Voraussetzungen einer sog. „Inhouse-Vergabe“:**
  - Kontrolle wie über eigene Dienststelle
  - Verrichtung wesentlich für Auftraggeber
  - EuGH-Entscheidung: „Teckal“ (Urteil vom 18.11.1999 – Rs. C-107/98 – EuZW 2000, 246 ff.)
- **Ausschlusskriterien:**
  - Minderheitsbeteiligung Privater
  - Umwandlung in Aktiengesellschaft, Öffnung für Fremdkapital
  - Erhebliche Ausweitung des Tätigkeitsbereichs
  - OLG Hamburg, Beschluss vom 14.12.2010 – 1 Verg 5/10 – und OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 30.08.2011 – 11 Verg 3/11 –

- **Konzessionsverfahren: Nebenleistungsverbot nach § 3 KAV**
  - Verbot von Leistungen neben oder anstelle von Konzessionsabgaben für die Gewährung von Wegerechten
  - Insbesondere Verbot von Finanz- oder Sachleistungen die unentgeltlich oder zu einem Vorzugspreis gewährt werden
  - Bei Verstoß gegen das Nebenleistungsverbot droht die Nichtigkeit des Konzessionsvertrages, § 19 Abs. 1 GWB i.V.m. § 134 BGB
- **Folgerungen für das Verfahren zur Vergabe der Stromkonzession**
  - Trennung von Konzessions- und SBV-Abschlussverfahren rechtssicher
  - Verfahren zur Vergabe der vor Neuvergabe des SBV
  - Eigenständige Ausschreibungspflicht für Betrieb der öffentlichen SB
- **Folgerungen für das Verfahren zum Neuabschluss des SBV**
  - Vorherige Vergabe der Stromkonzession führt regelmäßig zu einem Auslaufen des alten Straßenbeleuchtungsvertrages
  - In der Praxis werden Beleuchtungsanlagen zumeist durch bisherigen Anlagenbetreiber auch ohne vertragliche Grundlage weiterbetrieben
  - Haftungsrisiken im vertragslosem Zustand sollten durch kurze Interimsvereinbarungen vermieden werden; VergabeR zumeist (-)

# Bedeutung der Eigentümerstellung

# Wer sollte Eigentümer der Beleuchtungsanlagen werden

---

- **Unterschiedliche Ausgangslagen**
  - Eigentum bei bisherigem/aktuellem Betreiber
  - Eigentum bei der Kommune
- **Handlungsoptionen**
  - Var. 1: Kommune bleibt oder wird Eigentümer
  - Var. 2: Neuer Betreiber erwirbt Eigentum von Kommune oder Alt-Betreiber
- **Grds.: Für den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung ist das Eigentum weder erforderlich noch schädlich**
  - Auch bei KAG-Erhebung
  - Anders ggf. bei Fördermitteln

- **Vergaberecht:** Zukünftig keine Ausschreibungspflicht bei Eigentum Betreiber?
  - Eigentum als ausschließliches Recht nach § 3 EG Abs. 4 lit. c VOL/A:  
„Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb“
  - Gilt dies auch, wenn der Kommune ein Recht, zum Erwerb der Beleuchtungsanlagen bei Vertragsende zusteht?

- **Option 1: Kauf und Eigentumsübertragung**
  - Beleuchtungsanlagen gg. Zahlung Kaufpreis
  - Abtretung aller Mängelhaftungs-, Schadenersatz- und sonstiger Ansprüche
  - Veräußerungs- und Belastungsverbot
  - Endschachtsbestimmung: Rückübertragung, Preis
- **Option 2: Einbringungsvertrag**
  - Keine Kaufpreiszahlung, Einbringung in Gesellschaftskapital
- **Sonderproblem: Erwerb vom Altbetreiber**
  - Endschachtsbestimmung aus Altvertrag prüfen
  - Vermeidung Doppelzahlung (Investitionszuschüsse, BKZ, ...)
  - Entflechtungskosten

# Exkurs: Europäische Lampenverbote

# Europäische Lampenverbote

Lampen-Typ	Verbotsjahr
100-Watt-Glühbirnen	2009
Halophosphat Fluoreszenz Lampen	2010
Natriumdampf-Plug-in Lampen, Plug-in Lampen müssen Super/Plus HPS Level entsprechen → nahezu alle Plug-in/Retrofit Lampen werden verboten	2012
T12 Fluoreszenz Lampen	2012
Natriumdampfhochdruck HPS / Halogenmetalldampflampen MH → schwache Halogen-Metalldampflampen mit Edisonsockel (MH E27/E40) → Natriumdampfhochdrucklampen (HPS Standard Qualität E27/E40)	2012
<b>Quecksilberdampflampen (HPM) HQL</b>	<b>2015</b>
Halogen-Metalldampflampen mit Edisonsockel (MH E27/E40), die weniger gut performen	2017

- I. Ausgangssituation der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- II. Möglichkeiten zur Neuordnung der Straßenbeleuchtung
- III. Fazit

- **Vorsicht bei paralleler Vergabe von Beleuchtungsvertrag und Konzessionsverfahren**
  - Prüfung Nebenleistungsverbot, § 3 KAV
- **Jede Neugestaltung der öffentlichen Beleuchtung bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes**
  - **Technisch:** Analyse der Ausgangslage mit Netzstruktur und Investitionsbedarf
  - **Wirtschaftlich:** Wertermittlung der Anlagen, Stromkosten, steuerliche Behandlung
  - **Rechtlich:** Gestaltung Beleuchtungsvertrag, Vergabeverfahren, etc.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.**

Ansprechpartner:  
Eric H. Glattfeld, Rechtsanwalt und Wirtschaftsmediator



Rechtsanwälte · Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

BBH Berlin  
Magazinstraße 15-16  
10179 Berlin  
Tel.: 030 611 28 40 0  
Fax: 030 611 28 40 99  
berlin@bbh-online.de

BBH Brüssel  
Avenue Marnix 28  
1000 Brüssel/Belgien  
Tel.: +32 2 204 44 00  
Fax.: +32 2 204 44 99  
bruessel@bbh-online.be

BBH Hamburg  
Kaiser-Wilhelm-Str. 93  
20355 Hamburg  
Tel.: 040 341 069 0  
Fax: 040 341 069 22  
hamburg@bbh-online.de

BBH Köln  
KAP am Südkai  
Agrrippinawerft 30  
50678 Köln  
Tel.: 0221 6 50 25 0  
Fax: 0221 6 50 25 299  
koeln@bbh-online.de

BBH München  
Pfeufferstraße 7  
81373 München  
Tel.: 089 23 11 64 0  
Fax: 089 23 11 64 570  
muenchen@bbh-online.de

BBH Stuttgart  
Industriestraße 3  
70565 Stuttgart  
Tel.: 0711 722 47 0  
Fax: 0711 722 47 499  
stuttgart@bbh-online.de